

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Renate Schmidt MdB zu Äußerungen von Jutta Dittfurth: Merkwürdiges Geschichtsverständnis. Seite 1

Horst Peter MdB zur Entwicklung bei den Grünen: Die ultimative Phrase ersetzt die Politik. Seite 2

Gerd Walter MdEP zu den Aufgaben europäischer Politik: Lissabonner Signale an Europa. Seite 4

42. Jahrgang / 85

6. Mai 1987

Merkwürdiges Geschichtsverständnis

Eine Anmerkung zu Äußerungen von Frau Dittfurth

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Kurzichtig und geschichtslos stellt sich die Sprecherin der Grünen mit ihrem Satz „alle substantiellen Reformen der letzten zehn Jahre hätten auch gegen SPD-Parlamente erkämpft werden müssen.“

Der soziale und liberale Kahlschlag der derzeitigen Koalition wäre überhaupt nicht möglich ohne daß durch SPD-geführte Regierungen und SPD-Mehrheiten in Parlamenten Reformen durchgesetzt worden wären, behauptet sie.

Um das Gedächtnis von Frau Dittfurth aufzufrischen, seien nur drei Punkte dieser Reformen genannt:

1. Die weitgehende Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen durch Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) mit dem Effekt, daß der Anteil der Arbeitnehmerkinder und vor allem der Mädchen, an den Universitäten stetig anstieg. Und es ist kein Zufall, daß ausgerechnet dieses Gesetz einer auf Elitenbildung ausgerichteten Regierung als erstes zum Opfer fiel.
2. Die Reform des Paragraphen 218, der leider nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr voll unseren Vorstellungen entsprach, aber seit seinem Bestehen hunderttausenden von Frauen geholfen hat, Leben gerettet hat und jetzt durch ein Beratungsgesetz ausgehöhlt werden soll.
3. Die Reform des Familienrechts, das den Frauen endlich auch im Fall einer Scheidung eine gleichberechtigte Rechtsposition verschafft hat und das ebenfalls zwischenzeitlich von der Koalition ausgehöhlt wurde.

Das sind nur drei Beispiele, sie könnten fortgesetzt werden. Die Erklärung der SPD zum Hauptgegner der Grünen führt dazu, daß der Blick verstellt wird für die wirklichen negativen Veränderungen, führt dazu, daß die Wahrheit zurechtgeborgen wird.

Die Geschichtslosigkeit von Frau Dittfurth ist nur so zu erklären und kann nicht mehr durch Jugend und Unwissenheit entschuldigt werden.
(-/6.5.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsvoll
auf dem Weg zur
Recht und Gerechtigkeit



Die ultimative Phrase ersetzt die Politik

Zur Entwicklung bei den Grünen

Von Horst Peter MdB

Mit dem Durchmarsch der Fundamentalisten haben die Delegierten des Parteitages der Grünen den Weg in die selbstgewählte politische Isolation und den Abschied von der Politikfähigkeit gewählt. Die von den Fundamentalisten dominierten Grünen werden sich selbst ausgrenzen und erleichtern anderen das Geschäft, die Grünen auszugrenzen. Es droht eine große Koalition derjenigen, denen ökologische Politik ein Übel ist, mit denen, die angesichts dieser Haltung und dem objektiven ökologischen Handlungsbedarf Übelkeit empfinden.

Politik zielt auf die Veränderung der Verhältnisse. Die Grünen sind jetzt in der Gefahr, nur noch Repräsentanten eines hilflosen Ökologismus zu sein. Dieser hilflose Ökologismus wird zu einer realitätstüchtigen Abwehr und Bewältigung der ökologischen Gefahren nicht in der Lage sein, dieser verbale Ökologie-Radikalismus wird einer ernsthaften Belastungsprobe nicht standhalten.

Die Fundamentalisten erleichtern den politischen Kräften das Geschäft, die auch in der Ökologiepolitik „weiter so“ sagen. Setzen sich die Fundamentalisten endgültig durch, nehmen sie den ökologiepolitischen Handlungsdruck von den anderen Parteien, unterminieren sie die Einsicht in die Notwendigkeit ökologischen Handlungsbedarfs und engen den Spielraum derjenigen in den anderen Parteien ein, die ökologiepolitisch handeln wollen. Das war bisher die Aufgabe der grünen Realpolitiker: sie führten den anderen Parteien vor Augen, daß es nicht genügt, den Grünen die richtigen Fragestellungen zu attestieren, sondern daß jede Partei selbst Antworten geben und meßbar politisch handeln muß.

Die Position der Fundamentalisten ist auch in sich wenig glaubwürdig. Wenn sie ständig die ökologische Katastrophe beschwören und feststellen, es sei 5 vor 12, dann muß in das Uhrwerk eingegriffen und das Vorrücken des Zeigers gestoppt werden. Stattdessen kaprizieren sich die Fundamentalisten auf eine „Entlarvungstaktik“. Da sie von den sogenannten „Altparteien“ meinen nichts durchgreifendes in ökologischer Hinsicht erwarten zu können, nehmen sie gegenüber diesen Parteien und der offiziellen Ökologiepolitik eine Haltung zwischen vornehm-blasierten Abwarten und Heraushalten und aggressiver Ablehnung, wie Christian Schmidt, der sein Hauptziel in der Schwächung der SPD sieht, ein, und hoffen, das Nicht-Handeln der „Altparteien“ führe deren Wähler mit naturgesetzlicher Sicherheit den Grünen zu.



Diese Entlarvungstaktik hat zwei negative Folgen:

- Da sich diese Taktik vorwiegend auf die SPD konzentriert, bleibt es bei einem Nullsummenspiel. Die Zugewinne der Grünen sind die Verluste der SPD. Die Mehrheit von rechts wird durch diesen Austausch nicht angetastet. Es ist ein Austausch unter der 50 Prozent Marke. Durch diese diffuse Situation innerhalb des reformorientierten Blocks wird die Entwicklung einer politischen Dynamik, mit der Wähler von rechts herübergezogen werden können, verhindert.
- Die ökologienpolitische Bilanz bleibt negativ. Bis sich die Grünen ihre eigene Mehrheit „entlarvt“ haben, kann es zu spät sein.

Nun sind die Taktiker in entlarvender Absicht keine „newcomer“, sondern bewährte Strategen. Sie müßten es besser wissen. Marx bemerkte einmal, Geschichte wiederhole sich zweimal, einmal als Tragödie, einmal als Farce. Diese fundamentalistischen „unklaren Sektenevangelien mit ihren Panazeen“ (F. Engels), die sich in die abgelegten Kostüme der alten Arbeiterbewegung hineinzwängen, scheinen dies illustrieren zu wollen, wenn sie doktrinär vor die Welt hintreten und dem auf ökologische Veränderungen hoffenden Menschen zumuten: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben.

Wenn sie in ökologischer Politik der SPD nur desorientierende Manöver sehen, dann wissen wir, wo sie das entlehnt haben. Wenn sie, bevor sie mit anderen koalieren, dies trifft auch für Beckmanns Avancen gegenüber der CDU zu, von diesen erwarten, daß diese sich erst wandeln und auf das Programm und die Bedingungen der Grünen einlassen, zu Ablegern der Grünen werden, dann wissen wir, daß eine solche Politik vor einer anderen Gefahr schon einmal grausam gescheitert ist.

Neidlos gestehen wir den Fundamentalisten jedoch zu, in der Radikalität der Phrase lassen sie sich von niemanden übertrumpfen. Der schöne Schein der Radikalität verbirgt jedoch das tagespolitische Vakuum, der Opportunismus gegenüber den Verhältnissen, die man meint, nicht bewältigen zu können, und die Kapitulation vor den Schwierigkeiten, die die Bewältigung der Verhältnisse mit sich bringen. Den Fundamentalisten ersetzt die ultimative Phrase, die gegen die Halbherzigkeiten der „Altparteien“ gesetzt wird, die Politik. Es ist die Flucht vor der Lösung der Probleme in der Wirklichkeit.

(-/6.5.1987/rs/ks)

Signale an Europa

Unser Kontinent muß seine Identität bewahren

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Es gibt keinen Zweifel, daß die Identität Europas bedroht ist: politisch, ökonomisch und sozial. Europa und die Europäische Gemeinschaft stehen am Scheideweg. Wir stehen vor den nächsten Europawahlen 1989. In dieser Lage sollten von dem Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG an unsere Parteien und an die Bürger der Europäischen Gemeinschaft sechs Signale ausgehen:

Signal 1: Wir sind aufgerufen, endlich den historischen Beitrag der sozialistischen Bewegung zur europäischen Zusammenarbeit ins richtige Licht zu setzen. Niemand sollte in Zukunft noch die historischen Verdienste Adenauers, Schumans und de Gasperis für die Europäische Einigung würdigen, ohne die Verdienste Léon Blums, Jean Jaurès' oder Paul Henri Spaaks zu würdigen. Die Sozialisten waren schon zu einem Zeitpunkt für die Vereinigten Staaten von Europa, als viele Konservative noch auf streng nationalistischem Kurs waren. Die demokratische europäische Arbeiterbewegung, die unter dem Zeichen der Internationale: Arbeiter aller Länder vereinigen wollte, hat für Europa mehr getan, als diejenigen Konservativen, die unter den Klängen des Radetzky-Marsches immer wieder die Völker Europas aufeinander gehetzt haben.

Das zweite Signal: Die Programmatik unserer nationalen Parteien muß pro-europäisch überdacht und überarbeitet werden. Europa ist der Ort, an dem sich das Ideengut des Sozialismus zuerst und am Intensivsten entwickelt hat. Der Niedergang Europas wäre wohl auch der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie. Die Frage einer Perspektive für die europäische Linke und einer Perspektive für Europa fallen deshalb zusammen. Wir müssen erkennen: Wichtige Ziele des demokratischen Sozialismus sind in nationalen Alleingängen nicht mehr realisierbar. Demokratischer Sozialismus in einem Land ist eine Illusion. Es gibt ihn europäisch oder gar nicht. Diese Erkenntnis muß zu grundlegenden Veränderungen in der Programmatik und Praxis unserer Parteien führen. Dafür gibt die SPD mit der Überarbeitung ihres Godesberger Grundsatzprogramms ein Beispiel.

Das dritte Signal: 1989 begehen wir die 200jährige Wiederkehr des Jahrestages der Französischen Revolution. Nutzen wir dieses Datum, um unser Bild von Europa zu verdeutlichen. Führen wir unsere Kampagnen im Zeichen dieses Jubiläums.

Europa: Das ist doch nicht nur der Kampf um Marktanteile. Europa: Das ist vor allem die Bewahrung und Entwicklung der vielfältigen Traditionen der europäischen Kulturgesellschaft und des europäischen Sozialstaats. Die europäische demokratische Linke ist heute der Haupterbe der Werte der europäischen Aufklärung.

In diesem Geiste sind wir für einen Binnenmarkt, der ein Beispiel für die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft gibt. In diesem Geiste sind wir für die Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaats; die europäische Arbeiterbewegung hat doch nicht über hundert Jahre für diesen Sozialstaat gekämpft, um ihn bis 1992 im Rahmen des angestrebten Binnenmarktes kampflos wieder aufzugeben.

In diesem Geiste sind wir für eine Politik der Kooperation zwischen verschiedenen Regionen der Welt, die auf Gewalt verzichtet, Souveränität anerkennt und das Recht auf soziale Entwicklung garantiert. In diesem Geiste sind wir für eine eigene europäische technologische Anstrengung; es



ist ein Skandal, daß die Europäische Gemeinschaft mehr Geld für die Destillation von Wein als für die eigene technologische Zukunft ausgibt.

Es sind zuviele Menschen in Europa für den Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gestorben, als daß wir dieses Europa jetzt kampflös der Hegemonie außereuropäischer Wirtschafts- und Militärmächte überlassen dürften.

Das vierte Signal: Wir müssen uns in unserer politischen Arbeit auf wenige Themen konzentrieren, die geeignet sind, den Bürgern das Vertrauen in die Zukunft Europas zurückzugeben.

Konzentrieren wir uns also auf die Reform der Agrarpolitik: Solange für 25 Millionen Milchkühe doppelt und dreifach soviel Geld aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft aufgewendet wird, wie für die Überwindung des Schicksals von 17 Millionen Arbeitslosen und ihren Familien in der Europäischen Gemeinschaft, solange wird die Europäische Gemeinschaft ihre politische Glaubwürdigkeit nicht zurückgewinnen können.

Konzentrieren wir uns also auf den Kampf um mehr Rechte für das Europäische Parlament. Dabei dürfen gerade wir Sozialisten nicht kompromißfähig sein. Es darf nicht sein, daß Ministerräte und Bürokratien immer mehr und die Parlamente der Bürger immer weniger Rechte bekommen. Wir sind für mehr Europa, aber nicht um den Preis von weniger Demokratie.

Und schließlich: Konzentrieren wir uns also auf die sicherheitspolitischen Perspektiven Europas. Viele Menschen warten auf friedenspolitische Initiativen der Europäischen Gemeinschaft. Aber leider gehen auch wir im Bund der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EG an die Dinge häufig zu zögerlich heran:

- Es wäre schön gewesen, wenn der Bund im Rahmen einer Parteiführer-Konferenz zu einer schnellen, entschlossenen und einheitlichen Reaktion auf die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows fähig gewesen wäre.
- Es wäre schön gewesen, wenn es statt widersprüchlicher Reaktionen eine einheitliche Antwort der Sozialisten auf den Vorschlag von Jacques Delors gegeben hätte, die sicherheitspolitischen Perspektiven Europas auf einem Gipfeltreffen der Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten zu erörtern.

Die Entschließung des XV. Kongresses des Bundes der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, die in Lissabon jetzt unter dem Titel „Einheit in Europa für Frieden und Arbeit“ vorgelegt wurde, ist ein Schritt nach vorn. Aber sie ist nur ein erster Schritt. Es bleiben Fragen zur Beantwortung offen. Zum Beispiel die Frage nach dem Verhältnis zwischen Westeuropäischer Union und Europäischer Gemeinschaft auf dem Feld der Sicherheitspolitik. Wollen wir es hinnehmen, daß die Westeuropäische Union zum Ende des Jahres ihre angekündigte Erklärung zu den Sicherheitsinteressen Europas abgibt und die Europäische Gemeinschaft stumm bleibt?

Das fünfte Signal: Die europäischen Sozialisten sollten Träger der Botschaft werden, daß die Europäische Gemeinschaft nicht Europa ist.

Die Integration der Gemeinschaft darf nicht auf Kosten der Zusammenarbeit mit der EFTA gehen. Das gilt insbesondere für die Beziehungen der Gemeinschaft nach Norden: die EG muß nach Norden hin so offen bleiben, wie sie es nach Süden hin vor dem Beitritt Spaniens und Portugals war. Die westeuropäische Integration insgesamt darf nicht ohne Rücksicht auf ostpolitische Verluste betrieben werden. West-Europa-Politik und Ost-Europa-Politik sind zwei Seiten einer Europapolitik.

Das ist historisch geboten: Prag, Warschau oder Budapest sind europäische Städte.

Es entspricht aber auch den Veränderungen im Bewußtsein vieler Menschen: In Ost- wie in Westeuropa wächst der Wunsch der Menschen nach Unabhängigkeit von den Führungsmächten. Hier wie dort wird über Modelle gemeinsamer europäischer Sicherheit diskutiert. Hier wie dort besteht Interesse an einer Entwicklung der europäischen Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Wir haben die Chance, ausgehend von den Gesprächen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten des COMECON ein neues Kapitel gesamteuropäischer Kooperation aufzuschlagen. Die Sozialisten müssen dafür sorgen, daß diese große Chance nicht vertan wird.

Das sechste Signal: Laßt uns die Stärkung des Bundes der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft tatkräftig in Angriff nehmen.

Ich komme auf den Delors-Vorschlag für einen europäischen sicherheitspolitischen Gipfel zurück. Wenn wir nicht in der Lage sind, solche Vorschläge koordiniert und millionenfach in die Bevölkerung unserer Mitgliedstaaten hineinzutragen, solange werden wir nicht wirklich Einfluß auf den Lauf der Dinge nehmen können. Der Bund verhält sich allzuoft wie eine Filiale des Diplomatischen Dienstes und nicht wie der europäische Zusammenschluß der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien.

Mit der Wahl von Vitor Constancio übernimmt wieder ein Parteivorsitzender die Verantwortung für die Führung des Bundes. Wir begrüßen das ausdrücklich. Wir verbinden das mit einem Appell an die anderen Parteivorsitzenden und ihre Stellvertreter: Übernehmt persönliche Verantwortung für die zukünftige Arbeit unserer Organisation. Drei oder vier Treffen der Parteivorsitzenden im Jahr zu Themen, die die Menschen bewegen, haben sehr viel mehr Wirkung als die sieben oder acht bisher üblichen Bürositzungen.

Bei alledem ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands besonders gefragt. Wir fühlen dabei sogar eine besondere Verantwortung:

1. Ist die derzeitige Deutsche Bundesregierung dabei, den wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zu ihrem stärksten Bremsen zu machen. Es wäre gefährlich für die Zukunft der Gemeinschaft, wenn die deutschen Sozialdemokraten dieser Entwicklung nicht entschieden entgegenträten.
2. Bringt die pro-europäische Geschichte der SPD für uns eine besondere Verpflichtung mit sich.
3. Sind wir uns immer auch der Tatsache bewußt, daß die Teilung Europas das Ergebnis des von Deutschen begonnenen Krieges ist. Die Einigung Europas voranzubringen, ist deshalb vor allem auch die Pflicht der Deutschen. Das liegt übrigens im Interesse aller Deutschen. Nicht als Wiedervereinigungspolitik mit europäischen Mitteln, wie einige Unverbesserliche meinen. Nur eine Europapolitik, die von der Anerkennung des territorialen Status Quo ausgeht, kann die Folgen europäischer Teilung überwinden helfen.

Ein letztes Wort zu dem besonderen Engagement der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in sicherheitspolitischen Fragen. Ich weiß, daß es gelegentlich auch in den Reihen unserer Bruder- und Schwester-Parteien kritische Bemerkungen zu den besonderen sicherheitspolitischen Aktivitäten der SPD gibt. Ich möchte deshalb unterstreichen:

Wir wissen, daß wir nicht über Waffen verhandeln können, über die wir nicht verfügen.

Wir wissen, daß wir nicht Verhandlungen ersetzen können, für die die Bündnissysteme oder die Supermächte zuständig sind. Wir wollen das auch gar nicht.

Wir wissen aber auch, daß bei uns so viele Waffen konzentriert sind, wie sonst nirgendwo auf der Welt.

Und deshalb sagen wir nicht, daß wir immer Recht hätten. Wir sagen aber: diejenigen, die im Falle von Konflikten zuerst dran glauben müßten, haben nicht nur das Recht, sie haben auch die Pflicht, sich zuerst zu Wort zu melden, wenn es um Abrüstung geht. (-/6.5.1987/rs/ks)

* * *

(Diesem Beitrag liegt ein Referat von Gerd Walter auf dem XV. Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG in Lissabon zugrunde).

